grünes blatt » Sommer 2020

die indianische Gesundheitsversorgung gefordert. Auch das US-Abgeordnetenhaus hatte ein Notprogramm für 2,5 Millionen Indigene in den Reservaten eingebracht. Der National Council of *Urban Indian Health* drängt jedoch darauf. auch finanzielle medizinische Hilfen für die Indigenen jenseits der Reservate zur Verfügung zu stellen, die meist ohne jede Gesundheitsversorgung in den Städten leben und inzwischen die Mehrheit der indigenen Bevölkerung bilden. Bei der letzten großen Grippe-Epidemie 2009 lag die Sterblichkeitsrate der Indigenen viermal höher als der US-Durchschnitt.

Der "Coronavirus Aid, Relief, and Economic Security Act (CARES)" vom 27. März 2020 über 2 Billionen US-Dollar stellte auch Mittel in Höhe von 10 Mrd. Dollar für ein Hilfsprogramm für Indigene bereit. Dies sind überwiegend Wirtschaftshilfen, für den IHS sind davon nur 1,03 Mrd Dollar. Bis zum 10.04. hat die Navajo Nation ihrem Präsidenten Jonathan Nez zufolge noch keinen Cent aus dem Hilfsprogram CARES erhalten.

Bis die ersten \$40 Millionen der vom Kongress bewilligten Hilfsgelder ausgezahlt werden konnten, dauerte es aufgrund bürokratischer Versäumnisse zwei Wochen. In einer Stellungnahme an den Kongress erklärte das *Center for Disease Control (CDC)* zudem, dass die Stämme und IHS-Einrichtungen in North Dakota, South Dakota, Nebraska und Iowa bei den ersten Zahlungen nicht berücksichtigt werden könnten – das Geld sei so knapp, dass das CDC "Prioritäten setzen müsse". Man werde sich jedoch um die baldige Auszahlung weiterer Finanzhilfen bemühen.

Besonders prekär ist die Situation der Indigenen in den Städten. Der National Council of Urban Indian Health drängt darauf, auch finanzielle und medizinische Hilfen für die Indigenen jenseits der Reservate zur Verfügung zu stellen. Allerdings wollen manche Indigene nicht auf die Hilfe aus Washington vertrauen. So haben Indigene verschiedene Hilfsprogramme über das Internet initiiert. Larissa Nez, eine Sozialarbeiterin der Navajo Nation (Dineh), rief das "Adopt-a-Native-Elder-Program" Leben, um Elders auf dem Land mit Lebensmitteln und anderen notwendigen Gütern zu versorgen. Die Native Americans in Philanthropy haben gemeinsam mit der National Urban Indian Family Coalition und dem

Decolonizing Wealth Project einen "Covid-19 Fund" gegründet, der die Indigenen in den Städten unterstützt, denn mit der zunehmenden Arbeitslosigkeit verschärft sich ihre Situation zusätzlich. Die wirtschaftlichen Auswirkungen der Pandemie spüren auch die indigenen Kasinos, deren Gewinne häufig die Lücken im Stammesbudget hinsichtlich Gesundheitsversorgung schließen müssen.

Corona-Virus und Indigene in Kanada

Zum Drucktermin (Anm. d. Red.: Ende August) beläuft sich die Zahl der Infizierten in Kanada auf 123.630 Personen – die Hälfte der Fälle wurde in Ouebec gemeldet. Des Weiteren besonders betroffen sind Ontario (42.437), Alberta (12.053) und British Columbia (4.358). Wie auch in den USA sind die indigenen Gemeinden in Kanada kaum gerüstet für die aktuelle Situation. Gerade in British Columbia, wo viele indigene Völker in kleinen Reservaten mit völlig überbelegten Häusern ohne fließend Wasser leben, die weder über Ärzt*innen noch über medizinische Einrichtungen verfügen, und Patient*innen in weit entfernte Kliniken geflogen werden müssten, ist die Lage angespannt.

Auch in Kanada hinkt die Versorgung der Indigenen, insbesondere im medizinischen Bereich den Notwendigkeiten weit hinterher. Am 25. März verkündete die Regierung ein Corona-Hilfsprogramm in Höhe von 300 Millionen kanadischen Dollar für rund 1,5 Millionen Inuit, Metis und First Nations: \$215 Millionen für First Nations, \$45 Millionen für Inuit, \$30 Millionen für Metis und \$15 Millionen für regionale und städtische Organisationen. Wie üblich war die Ankündigung des Hilfsprogramms eingebettet in nette Floskeln der Anerkennung für die "Stärke und Resilienz" der indigenen Völker und des "guten Willens" Kanadas. Doch die Indigenen glauben nicht, dass die \$300 Millionen ausreichen werden, insbesondere für die besonderen Bedürfnisse der "Fly-in-Communities", die mit dem aufziehenden Frühlingstauwetter nun nicht mehr über gefrorene Winterstraßen erreichbar sind. Außerdem ist noch nicht klar, wann die Gelder genau bei den Indigenen ankommen werden, denn mit einer Auszahlung ist nicht vor Mai zu rechnen. Dabei sind die bestehenden

Probleme bereits gewaltig genug, wie ein paar Beispiele belegen: 76% der indigenen Kinder in Manitoba leben unter der Armutsgrenze, die Lebenserwartung der Indigenen liegt 15 Jahre unter dem kanadischen Durchschnitt, die Tuberkulose-Rate pro 100.000 Einwohner liegt bei den Indigenen bei 34,1 (nicht-indigene Kanadier*innen: 0,6). Noch immer besteht in über 100 indigenen Gemeinden eine "drinking water advisory", d.h. das Wasser ist gesundheitsgefährdend.

Völlig überfordert erklärte am 10. März Marc Miller, Kanadas Minister für indigene Dienste, die Regierung sei sich der besonderen Bedrohung der Indigenen bewusst und arbeite an einem Notfallplan für die indigenen Gemeinden, der auch die Versorgung mit Hygienepräparaten und Flaschenwasser sowie Notzelten vorsehe. Der Notfallplan der Regierung ist ein erschreckendes Armutszeugnis für die Missachtung der Indigenen. So kritisierte Nunavuts Senator Patterson die völlig unzureichenden Pläne: "Auf welchem Planeten lebt die Regierung eigentlich. Dies ist die Arktis. Ich will hier keine COVID-19-Opfer in Zelten bei Minusgraden inmitten von Eis und Schnee um Luft ringen und leiden sehen."

Ungeachtet der Ankündigung von Miller musste selbst Gesundheitsministerin Patty Hajdu einräumen, dass es trotz der prognostizierten Infektion von 30-70% aller Kanadier*innen bislang für die Indigenen keine konkreten Einschätzungen, Empfehlungen oder Maßnahmen gebe. Die Regierung, die die "Band Councils" (Stammesverwaltungen) der First Nations gerne unter Kuratel stellt, wenn es Ressourcenfragen geht, erklärt nun, man erkenne die "Autorität" der "Band Councils" an, geeignete Entscheidungen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus zu treffen. Sprich: Ottawa lässt die Indigenen einfach im Stich.

Derzeit (Stand: Mitte April) liegen die Infektionszahlen noch verhältnismäßig niedrig, doch bedeutet dies nicht, dass die Pandemie in den indigenen Gemeinden schwächer ausfallen wird als in den USA – die Entwicklung ist nur zeitversetzt. Marc Miller berichtete am 12. April in einer Pressekonferenz zwar "nur" von 46 bekannten indigenen Infektionsfällen, warnte jedoch selbst, dass zum jetzigen Zeitpunkt niemand eine Prognose für die weitere